

Wahlprüfsteine für die Landtagswahl am 01.09.2019

Agrarpolitischer Arbeitskreis Ökologischer Landbau Brandenburg

Antwort BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Die Ökologischen Verbände in Berlin-Brandenburg laden mit dem Strategiepapier zur Brandenburger Landtagswahl 2019 alle im Landtag vertretenen Parteien ein, sich mit den Chancen und Herausforderungen der regionalen Bio-Branche in Mark und Metropole zu beschäftigen und Schlüsse für die agrarpolitisch notwendigen bzw. sinnvollen Weichenstellungen zu ziehen.

Für die agrarpolitische Verortung und als Grundlage für die weitere Diskussion im bevorstehenden Wahlkampf bitten wir Sie, folgende Fragen zu verschiedenen Themenbereichen beantworten:

I. Viele Faktoren sprechen für eine deutliche Ausweitung der ökologisch bewirtschafteten Anbaufläche in Brandenburg.

1.) Teilen Sie diese Einschätzung und würden Sie eine Erhöhung der Anbaufläche auf 20 % bis zum Jahre 2025 befürworten (in der aktuellen Biodiversitätsstrategie der Landesregierung ist dieses Ziel bereits für das „Zieljahr“ 2020 beschrieben)?

- *Ja, wir teilen diese Einschätzung. Unser Ziel ist allerdings, den Anteil der ökologisch bewirtschafteten Anbaufläche in Brandenburg auf mindestens 25% bis zum Ende der kommenden Legislaturperiode zu steigern. Grundlage dafür soll ein Brandenburger Ökoaktionsplan sein, bislang fehlt eine solche Ausbau-Strategie.*

2.) Wären Sie dafür, die Umstellungsprämie für die zweijährige Umstellungsphase zu erhöhen? Wenn ja, um wie viel?

- *Wir fordern eine Umverteilung der Fördermittel, die in die Brandenburger Landwirtschaft fließen und wollen Leistungen honorieren, die mit dem Klima-, Umwelt- und Naturschutz sowie Tierwohl einhergehen. Eine Erhöhung der Umstellungsprämie für den Ökolandbau in der zweijährigen Umstellungsphase halten wir für erforderlich, denn die Prämien liegen bisher unter dem bundesdeutschen Durchschnitt. Bereits im vergangenen Jahr brachten wir einen Antrag (Drucksache 6/7957) zur Anhebung für Acker- und Grünlandflächen von bisherigen 210 €/ha auf 300 €/ha, für den Gemüseanbau von 415 €/ha auf 1.440 €/ha und für Dauerkulturen von 665-759 €/ha auf 2.160 €/ha in den Brandenburger Landtag ein. Unser Antrag wurde abgelehnt.*

3.) Wären Sie bereit, die Beibehaltungsprämie zu erhöhen? Wenn ja, um wie viel?

- *Die Prämien für die Beibehaltung der Umstellung auf eine ökologische Wirtschaftsweise ab dem zweiten Jahr liegen im bundesweiten Durchschnitt. Hier sehen wir im Einklang mit der Enquete-Kommission 6/1 „Zukunft der ländlichen Regionen vor dem Hintergrund des demografischen Wandels“ momentan keinen Handlungsbedarf.*

4.) Wie stehen Sie zu einem Kontrollkostenzuschuss für die Ökobetriebe? Wie könnte dieser aussehen?

- *Zuschüsse zu den Ökokontrollkosten sind wirkungsvoll um die Bedingungen für die ökologische Landwirtschaft zu verbessern und zusätzliche Anreize zu schaffen. Daher erachten wir diese als zielführend. In 2018 brachten wir einen Antrag (Drucksache 6/7957) in den Brandenburger Landtag ein und forderten die Zahlung von Zuschüssen zu den*

Ökokontrollkosten von 50 €/ha gekoppelt an eine Maximalsumme von 600 €/Betrieb und Jahr. Unser Antrag wurde abgelehnt.

5.) Wären Sie bereit, die Existenzgründungsbeihilfe für Junglandwirte nach dem Vorbild von Sachsen-Anhalt auch in Brandenburg anzubieten?

- *Ja. Die Junglandwirteprämie sollte auch in Brandenburg als Existenzgründerprämie bei erstmaliger Niederlassung eingeführt werden. Orientiert an Sachsen-Anhalt erachten wir eine Förderung in Höhe von 70.000 Euro über 5 Jahre je Existenzgründer*innen im Rahmen der 2. Säule in der GAP als sinnvoll und setzen uns dafür ein die Übertragbarkeit auf Brandenburg zu prüfen. Außerdem halten wir eine Begleitung und Beratung der Neugründer*innen zu bestimmten Themenfeldern wie sozioökonomische Beratung, Betriebsgründung und -entwicklung, Unternehmensführung sowie Markterschließung für zielführend und wollen das mit einer „onestop-agency“ erreichen.*

II. Stärkung der Bio-Wertschöpfung und Markterschließung – seit Jahren herrscht große Einigkeit über die Diskrepanz zwischen Marktpotential und tatsächlicher Wertschöpfung mit erzeugten und/oder verarbeiteten Produkten „Made in Brandenburg“ (konventionell wie bio!). Aber es fehlt an einem konkreten Förderinstrumentarium, um die brachliegenden Wertschöpfungsfelder / Wertschöpfungscluster (wieder) aufzubauen.

1.) Wären Sie bereit, die hierfür notwendigen Mittel - notfalls aus Landesmitteln - zu finanzieren?

- *Ja. Der Ökolandbau trägt maßgeblich zur Wertschöpfung gerade auch im ländlichen Raum und dementsprechend zu dessen Vitalisierung bei. Wir betrachten die Förderung des (Wieder-)Aufbaus und des Managements der Wertschöpfungsketten, insbesondere durch eine verbesserte Beratung und Begleitung in Bezug auf deren Aufbau und die Weiterentwicklung, als erforderlich, denn Erzeugung, Verarbeitung und Handel brauchen funktionierende regionale Wertschöpfungsketten, um letztendlich umzusteigen.*

2.) Sehen Sie die öffentliche Hand in der Verantwortung bzw. in der Position, einen Beitrag für den Aufbau einer regionalen Nachfrage z.B. in der öffentlichen Verpflegung zu leisten. Was können Sie sich hier vorstellen?

- *Der öffentlichen Hand kommt unserer Meinung nach eine besondere Verantwortung in Bezug auf den Aufbau einer regionalen Nachfrage der Produkte des ökologischen Landbaus zu. Eine Vorbildwirkung kann beispielsweise durch das Angebot von Speisen aus saisonalen, regionalen und ökologisch produzierten Zutaten in öffentlichen Kantinen, Kindertagesstätten, Schulen, Mensen sowie beim Catering in öffentlichen Einrichtungen oder auch bei öffentlichen (Groß-)Veranstaltungen erzielt werden. Genau diese Vorbildrolle der öffentlichen Hand wollen wir etablieren.*

3.) Wie groß ist Ihrer Meinung nach die Chance, nach dem Vorbild Berlins eine Ernährungsstrategie auszuarbeiten und können Sie sich hier eine Zusammenarbeit mit Berlin vorstellen?

- *Wir setzen uns dafür ein den Anteil an regionalen und ökologischen Lebensmitteln in der Gemeinschaftsverpflegung deutlich zu steigern. Eine Ernährungsstrategie nach dem Vorbild des Kopenhagener „House of Food“ erhöht den Anteil an ökologisch erzeugten, saisonalen Produkten insbesondere durch Weiterbildung und Beratung in der Gemeinschaftsverpflegung und dies weitgehend kostenneutral. Ein weiterer Punkt dieses Konzeptes ist die auch von uns sehr begrüßte Verminderung von Lebensmittelverschwendung und -verlusten, die wir mit einem Aktionsprogramm befördern wollen. Die Ausarbeitung einer solchen Ernährungsstrategie umfasst zunächst eine Analyse der IST-Situation insbesondere*

von Bedarf, Angebot und Potentialen und darauf aufbauend ein Handlungskonzept, das die Bereiche Produktion, Verarbeitung, Handel, Marketing etc. miteinbezieht. Dies begrüßen wir ausdrücklich. Eine Zusammenarbeit mit Berlin ist unserer Ansicht nach aufgrund der Zielsetzungen einer Ernährungsstrategie und der räumlichen Nähe zielführend. Wir setzen zudem auf die Zusammenarbeit mit dem Berliner und (in Gründung befindlichen) Brandenburger Ernährungsrat.

III. Der Ökolandbau ist nicht die alleinige Lösung, leistet aber richtungsweisende Beiträge zur Bewältigung der sog. neuen gesellschaftlichen Herausforderungen wie Ressourcenschutz, Tierwohl, Biodiversität, Klimaschutz etc.. Wenn auch die konventionelle Landwirtschaft hier einen größeren Beitrag leisten soll, müssen hierfür auch Finanzmittel bereitgestellt werden.

1.) Was halten Sie davon, einen nennenswerten Teil der bisher „gleichberechtigt“ über die ha verteilte Basisprämie konsequent an die Erbringung bestimmter gesellschaftlicher Leistungen wie Tierwohl, Klimaschutz oder Biodiversität zu koppeln? Sind Sie bereit, sich für eine schrittweise Umwidmung der Basisprämie einzusetzen?

- *Wir stehen für eine Neuaufstellung der Agrarpolitik, denn die derzeitige Form der Flächenförderung wird den Interessen von Landwirtschaft und auch Verbraucher*innen nicht gerecht. Wir wollen sowohl die gesunde Ernährung der Bevölkerung sicherstellen, als auch eine Landwirtschaft, die mit den Zielen der Nachhaltigkeit vereinbar ist. Eine zeitgemäße Förderung sollte unserer Meinung nach Nachhaltigkeitsleistungen honorieren, die der Markt nicht vergütet. Der Ökolandbau geht dabei im Schnitt mit solchen Leistungen einher; mit dem Schutz des Klimas, des Bodens, der Gewässer und der Artenvielfalt sowie und einer artgerechten Tierhaltung, schafft Arbeitsplätze im ländlichen Raum und stärkt außerdem die regionale Wertschöpfung. Daher streben wir die Umschichtung von Mitteln aus der ersten Säule in die zweite Säule an.*

2.) Die Umsetzung des Brandenburger Tierschutzplanes droht gegenwärtig an der fehlenden Finanzierung bzw. dem politischen Willen zu scheitern, die Landwirte beim Umbau ihrer Tierhaltung auch mit finanziellen Anreizen zu unterstützen. Wie stehen Sie daher zu Maßnahmen wie Weide- oder Ringelschwanzprämie?

- *Wir fordern Maßnahmen für mehr Tierwohl in der Nutztierhaltung und setzen uns seit langem u. a. für die Verbesserung von Standards in der Tierhaltung orientiert an den Bedürfnissen der Tiere, gegen die industrielle Massentierhaltung und für die Durchsetzung des Amputationsverbotes im Tierschutzgesetz ein. Den Einsatz von Prämien und Bonusprogrammen wie der Ringelschwanzprämie erachten wir als sinnvoll. Auch eine Honorierung der Leistungen von Schäfer*innen und ihren Tieren in Bezug auf die Pflege der Kulturlandschaft und den Erhalt der biologischen Vielfalt über eine Weidetierprämie steht für uns weit oben auf der Agenda - damit sich die Weidetierwirtschaft wieder lohnt und die Schäfer*innen ein Auskommen haben.*

3.) In einem vom MLUL geförderten Projekt soll ein Brandenburger Konzept für eine zukünftige Naturschutzfachberatung erarbeitet werden. Die beste Naturschutzberatung bleibt aber zahnlos, wenn den Landwirten keine Honorierung der notwendigen/ empfohlenen Maßnahmen angeboten wird. Sind Sie bereit, hierfür geeignete Maßnahmen anzubieten und finanziell auszustatten?

- *Einen Beratungsansatz für Einzelbetriebe mit dem Fokus Umwelt- und Naturschutz unterstützen wir sehr, denn dieser ist für eine effektive Umsetzung der Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen Voraussetzung und zielführend. Maßnahmen sollten über Landesmittel (KULAP, Vertragsnaturschutz, GAK) und/oder EU-Mittel förderfähig sein.*

4.) Sehen Sie die Möglichkeit, die zwei parallel laufenden Volksinitiativen zusammen-zuführen und aus beiden Ansätzen ein Maßnahmenprogramm für Biodiversität abzuleiten / zu entwickeln? Wenn ja, was wären ihre 4 wichtigsten Maßnahmen?

- *Die Volksinitiativen zielen auf den Erhalt der Artenvielfalt bzw. Bienen ab. Diskrepanzen im Bereich der Forderungen bestehen unserer Ansicht nach beispielsweise in Bezug auf die Art und den Umfang von Pestizid- und Pflanzenschutzmitteleinsatz sowie die quantifizierbaren Effekte auf die Artenvielfalt durch die Umsetzung der gestellten Forderungen. Sind beide Initiativen erfolgreich, ist es nicht unwahrscheinlich, dass beide zeitgleich im Landtag behandelt werden. Eine etwaige Zusammenführung der Volksinitiativen obliegt dann den Initiatoren.*

5.) Welche Instrumente und finanzielle Unterstützung sollte die Agrarforschung an die Hand bekommen, um Maßnahmen gegen den Klimawandel entwickeln zu können?

- *Brandenburg hat bereits eine hervorragende Forschungslandschaft – angesichts der Klimakrise muss die Forschung sowohl zur Anpassung an die Klimaveränderung als auch in Bezug auf die Begrenzung der Klimakrise aber ausgeweitet werden. So setzen wir uns beispielsweise dafür ein, dass mehr Agrarforschungsfördermittel in die Forschung zum ökologischen Landbau fließen. Hierbei stehen angepasste Anbausysteme mit vielfältigen Fruchtfolgen und geringeren Klimaauswirkungen, der vorbeugende Bodenschutz, Wasserrückhalt und -regulierung, eine artgerechte Tierhaltung oder aber auch der Einsatz von technischen Verfahren wie im Pflanzenschutz oder bei der Ernte auf der Agenda.*

IV. Brandenburg hat eine sehr schlanke Agrarverwaltung, die heutigen Herausforderungen in der Landwirtschaft erfordern aber zusätzliche Kompetenzen und eine intensivere Begleitung.

1.) Würden Sie sich für die Schaffung eines eigenständigen Ökolandbau-Referats im Ministerium mit zusätzlichem Personal einsetzen?

- *Wir sehen ebenfalls Bedarf an mehr Personal und haben für diese Sichtweise auch erfolgreich in der Entquetekommission Ländliche Räume geworben. Die Form ist dabei für uns noch offen, siehe auch Frage 4 (holländisches Modell). Wir wollen in jedem Fall ein Landeskompentzzentrum Ökolandbau, um Existenzgründer*innen umfassend zu unterstützen sowie den Ökolandbau in Brandenburg gezielt zu stärken und Wissen aus der Forschung in die Praxis zu transferieren. Den Aufbau eines solchen Zentrums forderten wir bereits 2018 (Drucksache 6/7957).*

2.) Wären Sie bereit, zur Entbürokratisierung auf landesspezifische Zusatzaufgaben bei der Ökoförderung zu verzichten?

- *Ja. Der Teufel steckt aber bekanntlich im Detail: Ganz klar ist für uns, dass Landwirt*innen Landwirtschaft betreiben sollen und nicht durch übermäßige Verwaltungsaufgaben gebunden werden. Daher stehen wir für einen Abbau von überbordender Bürokratie. Allerdings ist auch klar, dass in den einzelnen Bundesländern unterschiedliche Voraussetzungen, sei es durch die naturräumlichen Gegebenheiten als auch die Historie, gegeben sind. Daher darf unserer Ansicht nach eine Entbürokratisierung nicht zu einer Übervorteilung bzw. Benachteiligung einiger Landstriche kommen.*

3.) Was halten Sie davon, hoheitliche Aufgaben an die Öko-Kontrollstellen (z.B. Überprüfung der Einhaltung der DüVo u.ä.) zu übertragen, um die Anzahl von Kontrollbesuchen und Aufzeichnungsverpflichtungen zu reduzieren.

- *Die Verlagerung von hoheitlichen Aufgaben ist nicht ohne weiteres möglich. Eine solche Übertragung wäre nur vorstellbar wenn sichergestellt werden könnte, dass die Qualität der Kontrolle erhalten bliebe und Verantwortlichkeiten und Kompetenzen klar abgegrenzt sind.*

4.) Was halten sie vom holländischen Modell, in dem die Umsetzung der Agrarumweltmaßnahmen auf privatrechtlich organisierte, kooperativ zusammengesetzte Zusammenschlüsse (wie z.B. Landschaftspflegeverbände) übertragen wird.

- *Das holländische Modell ist eine innovative Herangehensweise an die Umsetzung von Agrarumweltmaßnahmen. Die Ergebnisse aus den Pilotprojekten scheinen vielversprechend, allerdings war nach eigenen Angaben das Monitoring zu kurz, um belastbare Aussagen zu treffen. Über die kulissenbezogene Förderung werden schwerpunkthaft weniger Landwirte gefördert, die entsprechend Maßnahmen anders als bisher umsetzen. Da es bisher keinen Überblick über Umweltauswirkungen gibt, können wir in diesem Rahmen keine Einschätzung abgeben.*